Geschäftsbericht des Landrates zur Sitzung des Kreistages am 20. Juni 2018

1.

Zur Bearbeitung der Anfrage im letzten Kreistag seitens der Elterninitiative Bus 433 teilt das Dezernat II, der ÖPNV-Verantwortliche Herr Hellmich mit, dass man den Vortrag der Initiative an den Geschäftsführer der Busverkehr Oder-Spree GmbH (BOS) herangetragen habe. Diese sei auch in Kontakt zu den Eltern getreten und habe, das sich das Petitum als zutreffend herausgestellt habe, das Angebot eines zusätzlichen Busses mit dem Fahrplanwechsel im Dezember in Aussicht gestellt. Eine unmittelbare Behebung sei hingegen nicht möglich, da bis Ende September diesen Jahres der II. Straßenbauabschnitt auf der Strecke Fürstenwalde-Buchholz und der Ausbau der Ortslage Buchholz durchgeführt werde, welcher mit einer Vollsperrung für den Busverkehr einhergehe. Es werde deshalb wieder einen Sonderfahrplan für die Buslinie 433, analog 2017, geben. Die Eltern hätten sich nach Auskunft von Herrn Hellmich mit diesem Angebot zufrieden gezeigt.

2.

2.1.

Im Zusammenhang mit der Diskussion auf der Bundesebene um den schleppenden Fördermittelabruf beim Breitbandausbau wurden auch Anfragen an mich herangetragen, wie sich der Landkreis dazu positioniere.

Wir teilen zunächst die Stellungnahme der kommunalen Spitzenverbände, dass die Umsetzung des Förderprogramms immens dadurch erschwert werde, dass vier verschiedene Ebenen, die jeweils ganz unterschiedliche haushaltswirtschaftliche Gegebenheiten aufwiesen, hier in ihrem Handeln synchronisiert werden müssten. Die technische Zustandsbeschreibung und Analyse habe ebenfalls geraume Zeit beansprucht.

Gegenwärtig laufen die Ausschreibungsverfahren, so auch im Landkreis Oder-Spree. Dass bislang erst etwa ein Prozent der Fördermittel abgerufen worden seien, macht deutlich, dass es hier nicht um Bearbeitungsschwierigkeiten einzelner kommunaler Behörden gehe, sondern das Problem in der Struktur der Förderung begründet liege.

Hinzu tritt der Umstand, dass gegenwärtig auf der Bundesebene in Ansehung des Koalitionsvertrages von CDU/CSU und SPD intensiv über die Weiterentwicklung der Bundesförderung für den Breitbandausbau diskutiert werde – und zwar mit der Ausrichtung auf eine flächendeckende Versorgung mit Glasfaseranschlüssen bis in die Gebäude hinein (FTTB-Netze). Auch nach Auffassung des Landkreistages Brandenburg ist die Errichtung einer zukunftsfähigen Digitalinfrastruktur mit dieser Ausrichtung ohne Alternative.

Vor diesem Hintergrund wird auf der Bundesebene aktuell zum einen eine neue Förderrichtlinien zum Aufbau solcher, als Gigabitnetze bezeichneter Glasfasernetze, diskutiert. Zum anderen hatte das BMVI zwischenzeitlich seine prinzipielle Bereitschaft avisiert, bereits im Rahmen des laufenden Bundesförderprogramms ein Upgrade zu ermöglichen, mit dem die bereits bewilligten Förderprojekte aufgrund einer nach den örtlichen Rahmenbedingungen eigenverantwortlichen kommunalen Entscheidung auf die Errichtung solcher FTTB-Netze umgestellt werden können. Denn die bereits bewilligten Projekte sehen auch in Brandenburg bislang einen Glasfaserausbau prinzipiell nur bis zum sogenannten Kabelverzweiger vor (FTTC-Netz).

Eine noch nicht abschließend geklärte Frage ist aber, ob ein solches Upgrade noch im Rahmen der auch bei den Landkreisen in Brandenburg bereits für die Fördermittelvergabe eingeleiteten Vergabeverfahren (bis zur Zuschlagserteilung) möglich sein wird. Dafür hatten sich gegenüber dem Bund zwischenzeitlich jedoch sowohl die Länder wie auch die kommunalen Spitzenverbände ausgesprochen. Nach unserer Kenntnis ist mit einer sehr zeitnahen Entscheidung dieser Frage zu rechnen.

Gleichzeitig hatte der Bund bereits seine prinzipielle Bereitschaft erklärt, die mit einem solchen Upgrade im Einzelfall verbundenen Mehrkosten anteilig zu übernehmen.

Vor diesem Hintergrund hatte der Landkreistag Brandenburg an das Ministerium für Wirtschaft und Energie, Herrn Staatssekretär Fischer, mit der Bitte um ein Signal gewandt, ob das Land mit Blick auf die erforderliche Cofinanzierung ebenfalls zur Übernahme der sich aus dem Upgrade ergebenden Mehrkosten bereit ist.

Eine Antwort liegt meines Wissens gegenwärtig noch nicht vor.

2.2.

Auch das Anliegen, welches der Vorstand der GefAS, Herr Unger, im Rahmen der Einwohnerfragestunde vorgetragen hat, wurde aufgegriffen. Die Einwände von Herrn Unger hinsichtlich des Ausschreibungsverfahrens zur Betreibung einer Gemeinschaftsunterkunft in Bad Saarow, Am Fuchsbau, haben sich als berechtigt erwiesen. In Ermangelung einer gesetzlichen Bestimmung des Begriffs „langjährige Erfahrung“ war mit Blick auf die komplexe Aufgabe, die hier zu lösen ist, eine zehnjährige Erfahrung als Voraussetzung für die erfolgreiche Teilnahme an der Ausschreibung gewählt worden. Die Verwaltung hat sich dieses Kriterium unter Verhältnismäßigkeitsaspekten noch einmal angesehen und ist zu der Erkenntnis gekommen, die Leistungsbeschreibung im laufenden Vergabeverfahren anzupassen. Die Leistungsbeschreibung sieht nunmehr einen Erfahrungszeitraum von drei Jahren vor. Am 19.4.2018 wurde unter anderem Herr Unger über diese Veränderung in Kenntnis gesetzt und die Bieterfrist entsprechend verlängert.

Der Kreistagsabgeordnete, Herr Behr, hatte zusätzlich darum gebeten, ihm Informationen darüber zu geben, wie viele lokal ansässige Unternehmen, Vereine Institutionen dieses Kriterium überhaupt erfüllen würden.

Das 10-jährige Kriterium, auf das sich die Anfrage bezog, ist durch die Änderung der Leistungsbeschreibung insoweit erledigt. Ich kann aber auch keine abschließende Antwort geben, da uns die Interna der Trägervereine etc., die sich an einem solchen Ausschreibungsverfahren beteiligen, soweit sie lokal ansässig sind, nicht bekannt sind.

Wir können aber davon ausgehen, dass insbesondere die leistungsfähigen Träger keine Schwierigkeit haben dürften, eine dreijährige Erfahrungszeit nachzuweisen. Das gilt in jedem Fall für die Träger, mit denen wir konkrete Vertragsbeziehungen haben: Das sind z. B. die Diakonie, die Caritas, die GefAS, die Johanniter und der Verein Bumerang.

3.

Hinsichtlich der von uns geforderten Stellungnahmen zum Landesentwicklungsplan Hauptstadtregion des Landkreises und der Regionalen Planungsgemeinschaft möchte ich mitteilen, dass die Stellungnahme des Landkreises fristgemäß am 4.5.2018 eingereicht wurde, die Regionale Planungsgemeinschaft hat ihre Stellungnahme bereits am 23.04.2018 abgegeben.

- 3 -

In unserer Stellungnahme schließen wir uns der allgemeinen Kritik an diesem Planungswerk an. Wir halten insbesondere den dort ausgebildeten Siedlungsstern für inakzeptabel, da der gesamte Landkreis Oder-Spree, der aus unserer Sicht entwicklungsdiskriminierenden Kategorie des Achsenzwischenraums zugeordnet wird.

Ausschließlich die Stadt Erkner wird in den Gestaltungsraum Siedlung einbezogen – damit wird eine Entwicklungschance suggeriert, die allerdings durch das ausgedehnte Trinkwasserschutzgebiet, sowie die massive Altlasten-Problematik und ausgedehnte Waldflächen konterkariert wird.

Bedeutsame Gemeinden wie Schöneiche und Grünheide werden, gemessen an den Auswirkungen, mit einem nicht nachvollziehbaren Punktwert von 11,75 Punkten knapp unter der relevanten 12-Punkteschwelle bewertet, die den Status Mittelzentrum verleihen.

Gemeinsam mit der Gemeinde Woltersdorf müssen sich die genannten Gemeinden mit einer inneren Verdichtung (1 ha je 1000 Einwohner) zufriedengeben. Die durch die Planung getroffene Einordnung hat aber weitreichende Folgen, nicht nur für die Einwohnerentwicklung und die Attraktivität – sondern hieran knüpfen sich auch finanzielle Auswirkungen, da Zuwendungen oft unmittelbar oder zumindest mittelbar an den Bevölkerungsansatz geknüpft werden.

Insofern ist eine unserer Hauptforderung die nach der Ausweitung des Gestaltungsraums Siedlung.

Im Übrigen bemängeln wir das Fehlen von Zielvorgaben, Planansätzen und Konzeptionen insbesondere zur Entwicklung der peripheren Teilräume. Die mangelnde Struktur differenzierung zwischen Berlin, Berliner Umland und dem weiteren Metropolraum ist schon recht auffällig. Es fehlt darüber hinaus an jeglichen Gestaltungsvorschlägen, wie man dem Bevölkerungsrückgang in der Fläche wirksam begegnen will. Darüber hinaus beklagen wir überzogene Restriktionen. So wird der Landkreis Oder-Spree durch seinen Freiraumverbund geprägt. Dieser wird als Durchlüftungskorridor zugunsten der Metropole Berlin gesehen.

Es werden aber kompensatorisch keinerlei Entwicklungsperspektiven für die im ländlichen Raum befindlichen Kommunen und ihre Bevölkerung aufgezeigt.

Es ist zwar positiv zu vermerken, dass das Kapitel „Ländliche Entwicklung“ hinzugefügt wurde – damit aber werden keine konkreten Entwicklungsmöglichkeiten verbunden.

4.

Mit der Baufertigstellung unter Wiedereröffnung der Burg Beeskow bringen die Stadt Beeskow als Eigentümerin und der Landkreis Oder-Spree als Nutzer wieder Farbe ins Kulturleben, auch am Standort Beeskow. Wir haben hier einen veritablen Neustart vollführt, mit dem Musikmuseum, mit der Neukonzeption des Regionalmuseums unter Stärkung des Verwaltungsstandorts als Sitz des Kultur- und Sportamtes. Pünktlich zur Eröffnung konnten Arnold Bischinger und Florentine Nadolni im Zusammenwirken mit der Kunsthochschule Weißensee einen bedeutenden Erfolg verbuchen. Wir haben mit dem Projekt "Von den Depots zu den Menschen", welches das Regionalmuseum und seine neue konzeptionelle Ausrichtung in den Blick nimmt, eine bedeutende Auszeichnung seitens der Ostdeutschen Sparkassenstiftung mit einem Preisgeld von 25.000 € errungen. Damit werden die kreativen Ansätze und die zielstrebige Arbeit des überschaubaren Burgteams mit einer tollen Resonanz versehen.

- 4 -

Eine Resonanz und zwar in internationaler Hinsicht erfuhr auch das Kunstarchiv. Wie wir bereits der Märkischen Oderzeitung entnehmen konnten, besuchten am 9. Juni 11 wissenschaftliche Mitarbeiter des New Yorker MoMA (Museum of Modern Art), eine der weltweit renommiertesten Einrichtungen, was die Sammlung moderner und zeitgenössischer Kunst anbelangt, das Kunstarchiv, um sich über die dort aufbewahrten Bestände im wahrsten Sinne des Wortes ins Bild setzen zu lassen. Die Kunstwissenschaftler und Kuratoren beschäftigen sich in einem mehrjährigen Projekt mit der Kunst im Sozialismus, speziell in der DDR. Frau Dr. Angelika Weißbach, die sich mit dem Fundus wissenschaftlich auseinandersetzt, stand den Amerikanern hier kenntnisreich Rede und Antwort.

Wir haben auch im Zusammenhang mit dem Jubiläum 750 Jahre Kloster Neuzelle einiges beigetragen. So wurde unter anderem ein Künstlerpleinair zum Thema "Putten erklären den Himmel" durchgeführt, bei der in einer dreiwöchigen Freiluftwerkstatt auf dem Klostergelände sieben Putten aus einem Sandsteinblock freigelegt wurden. Die prämierten Werke der Weißrussin Evgenia Usimova und des polnischen Künstlers Lucasz Krupski werden angekauft und nach der Fertigstellung des dritten Gartenbauabschnitts den Klostergarten zieren.

Für kulturelle Vielfalt wird aber auch über die kreisliche Kulturförderung gesorgt. Für das laufende Haushaltsjahr konnten bereits 60 Förderzusagen im Gesamtvolumen von 145.000 € erteilt werden, darunter 35 Vorhaben mit einem Förderbetrag unter 1500 € und 25 Vorhaben, deren Kostenumfang über 1500 € lag. Letztere werden entsprechend der Förderrichtlinien dem Fachausschuss zur Entscheidung vorgelegt. Damit werden auch kleinteilige Vorhaben zur Mitwirkung und Teilhabe am kulturellen wie gesellschaftlichen Leben unterschiedlichster Art gefördert. Wir streben damit eine flächendeckende Berücksichtigung kultureller Initiativen über den gesamten Landkreis an. Die Projekte spannen sich etwa von der Ermutigung – Kunst von Menschen mit Behinderung in Fürstenwalde, über das Kreissängertreffen, den regionalen Vorausscheid "Jugend musiziert", die Jazztage Fürstenwalde, das Musikmuseum Beeskow, Burg und Jenseits von Millionen-Festival in Friedland, Film ohne Grenzen Bad Saarow, das Ludwig-Leichhardt-Museum in Trebatsch, das Wettermuseum in Lindenberg, das Heimatmuseum in Müllrose, den Jugendkunstpreis in Erkner, LandKunstLeben in Steinhöfel und die Förderung verschiedener runder Dorfjubiläen.

Das Baudezernat, unter Leitung von Frau Gläser, teilt zum Bautenstand des Carl-Bechstein-Gymnasiums in Erkner mit:
Es ist geplant, am 23.7.2018 die Abnahme mit dem Bauordnungsamt des Landkreises Oder-Spree durchzuführen. Damit soll das Carl-Bechstein-Gymnasium zum Schuljahresbeginn plangemäß fertiggestellt und für die Schüler nutzbar sein.

Weniger Glück haben wir mit dem Bauvorhaben Spree-Oberschule an der Langewahler Straße in Fürstenwalde. Ich habe ja bereits im Kreisausschuss dazu ausgeführt, dass eine zweimonatige Verzögerung dadurch eingetreten ist, dass bei den laufenden Entkernungsarbeiten festgestellt wurde, dass hier zwei seltene Fledermausarten an zwei Stellen im Flachdachbereich nisten und dort gegenwärtig ihre Jungtiere aufziehen. Ein Eingriff in diese Situation der streng geschützten Tiere würde die Verwirklichung eines Straftatbestandes bedeuten, so dass wir uns gezwungen sahen, die Ausschreibung des Rohbaus zunächst aufzuheben.

Das bedeutet aber nicht, dass das Vorhaben dadurch gänzlich vereitelt ist. Nach Abschluss der Phase der Jungtieraufzucht im August werden wir plangemäß mit den Abrissarbeiten fortfahren und den Neubau errichten.

- 5 -

Gegenwärtig ist allerdings noch nicht übersehbar, welche Bauverzögerung dadurch insgesamt eintreten wird und wie sich das auf die Inanspruchnahme der beantragten Fördermittel auswirken wird. Wir müssen zur Kenntnis nehmen, dass wir mit der Errichtung des Rohbaus in den Winter hineinlaufen, was, da die Schule weitgehend in Sichtbeton errichtet werden wird, stark witterungsabhängig sein wird.

Vorsorglich habe ich mich beim MBSJ rückversichert, dass das kein KO-Kriterium für den Fördermittelabruf bedeutet.

5. Das Sozialdezernat teilt mit, dass ausgehend von der Diskussion im zurückliegenden Sozialausschuss am 22.05.2018 ein Vorschlag zur Unterstützung der Tafelarbeit im Gange ist. Entsprechend der Festlegungen des Ausschusses soll dabei eine bedarfsorientierte Förderung ins Auge gefasst werden. Die Bedarfsermittlung gestaltet sich sehr aufwändig, da zu berücksichtigen ist, dass wir es bei den zwei unterschiedlichen Trägern auch mit verschiedenen Tafelmodellen zu tun haben. Im Sozialausschuss hat sich herausgestellt, dass die Eisenhüttenstädter Tafel der GEM den klassischen Ansatz einer möglichst gleichmäßigen Verteilung der gespendeten Lebensmittel durch vorgepackte Paketrationen vorsieht, während das Tafelmodell der GefAS stärker am Modell eines Sozialkaufhauses mit ausgepreisten Gegenständen und freier Zusammenstellung der Tafel kundenorientiert arbeitet.

Im Hinblick auf die Förderung bedarf es dazu einer Berücksichtigung der Einnahmen. Diese belaufen sich in Eisenhüttenstadt auf 1 Euro pro vorgepackter Tüte, während die Einnahmen in Erkner, Fürstenwalde und Beeskow stark abhängig vom Verbraucherverhalten sind und die einzelne Warenration laut Aussage von Herrn Unger sich auf durchschnittlich drei Euro beläuft. Das Sozialdezernat wird bis zum September-Kreistag hier einen geeigneten, am Gleichheitsgrundsatz orientierten Vorschlag, unterbreiten.

6.

Das Gesundheitsamt - und hier insbesondere das Sachgebiet Kinder- und jugendärztlicher Dienst - teilt mit, dass die Einschulungsuntersuchungen fristgerecht zum 30.4.2018 durchgeführt werden konnten und damit die Schwierigkeiten, die wir noch vor zwei Jahren beobachtet haben, als überwunden gelten können.

7.

Ich möchte Sie auch darüber in Kenntnis setzen, dass der Landrat und Vertreter aus 3 Fraktionen, nämlich Frau Kilian, Herr Voss und Herr Dr. Zeschmann, auf Einladung der Arbeitsgruppe der kreisangehörigen Kommunen unter dem Vorsitz von Herrn Steffen ein Gespräch zum beginnenden Haushaltsaufstellungsverfahren 2019 geführt haben. Dieses Gespräch war zum Teil sehr emotional und kontrovers und mündete letztlich in die Forderung einer substantiellen Entlastung der kreisangehörigen Kommunen im Wege einer Senkung der Kreisumlage. Die Kritik war zum Teil sehr grundsätzlicher Art. Die Kommunen äußerten sich dahingehend, dass sie den Haushaltsaufstellungsprozess als sehr technisch und wenig dialogisch empfänden. Sie fühlten sich hier teilweise nicht ernst genommen, da zum wiederholten Male erhebliche Überschüsse aufgelaufen und als Rücklage zugeführt worden seien, aber andererseits das Baugeschehen hinter den Planungen her hinke. Man könne nicht mehr glaubwürdig vermitteln, dass die Rücklagen irgendwann auf ein vertretbares Maß zurückgeführt würden.

- 6 -

Diese Rücklage sei aber letztlich auch durch Kreisumlagebeiträge der Kommunen gespeist worden. Insofern sei nicht mehr einzusehen, dass einerseits finanzschwächere Kommunen Schwierigkeiten hätten, Schlaglöcher zu beseitigen oder ihren Haushaltsausgleich herbeizuführen.

Landrat und Abgeordnete argumentierten hingegen damit, dass die in der Prioritätenliste verankerten Projekte, insbesondere die umfangreichen Schulbaumaßnahmen, zwar aufgabenmäßig im weiterführenden Bereich dem Landkreis zugewiesen sein, diese aber letzten Endes den Kindern und den Eltern der kreisangehörigen Kommunen zu Gute kämen.

Im Übrigen werde eine Fülle von Kooperationen finanziert, bei denen auch unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Aufgabenzuordnung nicht eindeutig zu sagen sei, wer denn eigentlich der Hauptnutznießer sei.

Dazu gehören sowohl die auch heute auf der Tagesordnung stehenden Beschlüsse zur Sozialarbeit an Grundschulen, die Dotierung der Haushaltspositionen im Kulturbereich, im Denkmalförderbereich, im Sportbereich etc. Und gerade die gemeinsame Errichtung von Schulzentren, um es den kreisangehörigen Kommunen zu ermöglichen, Landesfördermittel in Anspruch zu nehmen, seien schlagende Beispiele für die sinnvolle Bündelung der Finanzkräfte, um letzten Endes sinnvolle Vorhaben umzusetzen, die auf der lokalen Ebene allein nicht zu stemmen sein.

In dieser Hinsicht ergab sich ein uneinheitliches Bild. Während ein Teil der Kommunen sich positiv zur Prioritätenliste äußerte, hinterfragten andere Teilnehmer den Sinn dieser Prioritätenliste sowohl in zeitlicher als auch in inhaltlicher Hinsicht. Man hatte ein wenig den Eindruck, hier würden Investitionen als aufgedrängte Bereicherung verstanden.

Eine umfangreiche Diskussion sowie die Beantwortung der Forderungen werde es in einer der regelmäßigen Gesprächsrunden zwischen Landrat, Bürgermeistern und Amtsdirektoren geben. Von allen Beteiligten wurde es aber für außerordentlich notwendig gehalten, dass sich insbesondere auch der Kreistag eine klare Auffassung bilde. Hierbei gelte es aber auch, die in den zurückliegenden Jahren immer umfangreicher zu Tage getretene Durchbrechung der gesetzlichen Aufgabenverantwortung zu identifizieren, die Überschneidungsbereiche herauszuarbeiten und dann von Fall zu Fall festzulegen, wo gegebenenfalls die Ergänzungs- und Ausgleichsfunktion des Landkreises überschritten werde und sich dieser aus der Förderung zurückziehen solle. Dabei müsse es allerdings zu einem fairen Ausgleich kommen. Eine Rosinenpickerei ist grundsätzlich abzulehnen.

Demokratie heißt aber immer auch in Alternativen zu denken, so dass ich guter Hoffnung bin, dass uns zumindest ein Kompromiss gelingen wird, denn die Zusammenarbeit zwischen Kreisverwaltung und kreisangehörigen Kommunen kann durchgehend als gut bezeichnet werden.